

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Riesa, Druckerei des Tagesblattes, Riesa, Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschalk, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachnummer Dresden 1530, Poststraße Riesa Nr. 52.

Nr. 120.

Mittwoch, 24. Mai 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 10.— Mark ohne Bringerlohn. Einzelnummer 1.— Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 20 mm breite, 1 mm hohe Grundchriftzeile (8 Zeilen) 4.— Mark; jeztraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachdruck- und Verbreitungsgebühr 1 Mark. Keine Tarife. Gewilligter Rabatt erwünscht, wenn der Betrag vorläufig durch Frage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Schiedsgericht: Schiedsgericht der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Dargatz & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sähnel, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Ditzsch, Riesa.

Auf Blatt 27 des Genossenschaftsregisters, die Betriebsgenossenschaft m. b. H. des selbständigen Metallgewerbes Riesa, Ostweg und Strehla a. O. betr., ist heute eingetragen worden: Die Satzungen sind in den §§ 21 und 24 abgeändert worden. Die Passivsumme eines jeden Genossen beträgt 500 Mark.

Amtsgericht Riesa, den 18. Mai 1922.

Im hiesigen Handelsregister ist heute eingetragen worden: Auf Blatt 18: die Firma Johann Carl Beyn in Riesa betr., Karl Otto Beyn ist durch Tod aus der Gesellschaft ausgeschieden. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Handelsgeschäft wird von dem Wittehaber Otto Alfred Beyn unter der bisherigen Firma fortgeführt.

Auf Blatt 558: die Firma Dachsteinwerke von Ernst Junge in Forberge betr., die Firma lautet künftig: Sächsische Dachsteinwerke Forberge von Ernst Junge in Forberge. Amtsgericht Riesa, den 20. Mai 1922.

Auf Blatt 597 des Handelsregisters, die Firma Hans Ludwig in Gröba betr., ist heute eingetragen worden: Die Prokura des Erik Pfeiffer ist erloschen. Dem Kaufmann Max Rudolph Ludwig in Gröba ist Prokura erteilt. Amtsgericht Riesa, den 23. Mai 1922.

Wiedereröffnung der Riesauer Straßenbahn.

Am Himmelfahrtstage, Donnerstag, den 25. Mai 1922 wird die Straßenbahn mit dem bisherigen Fahrplan als städtischer Betrieb wieder eröffnet. Auf einige probeweise Tarifänderungen, die in den Wagen ausgehängt sind, wird verwiesen. Riesa, den 24. Mai 1922.

Der Rat der Stadt Riesa.

Eisbad in Gröba.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft Meißen als Eskromamt vom 19. Mai 1922, Baden in der Elbe betr., wird hiermit angeordnet, daß alle Einwohner und Kinder aus Gröba nur den in Forberge bei dem früheren

Pionier-Übungsplatz an der Elbe abgetretenen Platz betreten und nur in dem durch Pfosten abgegrenzten Teil in der Elbe baden dürfen. Das Baden an anderer Stelle wird hiermit ausdrücklich verboten. Als Weg zum Eisbad ist nur die sogenannte Forberger Straße durch die Paulenfelder Güter nach dem früheren Pionier-Übungsplatz zu benutzen, der Dammbau ist verboten und gilt nicht als öffentlicher Weg.

Solange die Garderoberräume im Pionier-Übungsplatz noch nicht fertiggestellt sind, kann das Eisbad in Forberge unentgeltlich benutzt werden, nach Fertigstellung der Garderoberräume ist von den Badenden ausnahmslos das Ablegen der Kleider am Uferlande verboten. Die Badenden haben ausnahmslos Badehosen oder Badeanzüge zu tragen. Weitere Bekanntmachung über die Benutzung des Eisbades, die Badpreise usw. erfolgt nach Fertigstellung der Garderoberräume. Das Betreten des anstehenden Grasfeldes zwischen der Einfriedigung und den Kullwasserleitungen ist bis zum Zeitpunkte des Abmähens des Grasses verboten. Irigendwelche Flurschädigungen werden ohne Rücksicht auf die Person streng bestraft werden. Den Anordnungen der Aufsichtsführenden ist unbedingt Folge zu leisten. Personen, die sich wiederholt Zuwiderhandlungen zu Schulden kommen lassen, können von der Benutzung des Eisbades ausgeschlossen werden.

Zuwiderhandlungen werden mit einer Geldstrafe bis zu 750 Mark oder entsprechender Haft bestraft. Unsere Polizeibeamten und die Aufsichtsführenden haben die Anweisung erhalten, jede Zuwiderhandlung zur Anzeige zu bringen.

Die Badenden und das übrige Publikum, die den Vordrill betreten und baden wollen, haben deshalb alle Anordnungen streng zu befolgen, damit Beschwerden irgendwelcher Art nicht zur Anzeige gelangen.

Gröba (Elbe), am 22. Mai 1922.

Der Gemeindevorstand.

Kirchenverpachtung.

Die untenstehende Kirchengemeinde soll Montag, den 29. Mai, nachmittags 4 Uhr im Gasthof „Stadt Riesa“ hier selbst, gegen das Meistgebot verpachtet werden. Döppis, am 24. Mai 1922.

Der Gemeindevorstand.

Vertilgung des Säckchens.

Riesa, den 24. Mai 1922.

Willkommen in Riesa! Die freie Vertilgung ehem. Unteroffiziere der früheren Säch. Reitenden Artillerie hält am Himmelfahrtstage in unserer Stadt ihre diesjährige Hauptversammlung ab. Die Teilnehmer sind im Laufe des heutigen Nachmittags hier eingetroffen und vereinigen sich heute abend im „Wettiner Hof“ zu einem geselligen Beisammensein, zu dem auch die Bürgerchaft und besonders alle ehemaligen Angehörigen der Abteilung herzlich eingeladen sind. Unsere Stadt ist viele Jahre Garnison der Reitenden Artillerie gewesen. Im Jahre 1881 kam zunächst eine Batterie nach Riesa und im Jahre 1887 wurde die ganze Abteilung nach hier verlegt, wo sie bis 1905 blieb. Zwischen der Stadt und der Abteilung hat damals immer ein gutes Verhältnis bestanden. Möge die Tagung diese alten herzlichen Beziehungen wieder aufleben und das alte Band sichtbar werden lassen, das die Stadt mit den Angehörigen der Abteilung verbindet. In diesem Sinne sei den Gästen auch an dieser Stelle ausgerufen: Herzlich willkommen in der alten Garnisonstadt.

Wiedereröffnung der Straßenbahn. Mit dem morgigen Tage, Donnerstag, den 25. Mai 1922 wird die Riesauer Straßenbahn ihren Betrieb wieder eröffnen. Nachdem die bisherige Gesellschaft ihren Betrieb eingestellt und die Auflösung der Gesellschaft in Aussicht genommen hatte, haben sich die städtischen Körperschaften zu Riesa entschlossen, bezugs Wiedereröffnung und Fortsetzung des Straßenbahnbetriebes das Unternehmen zu erwerben. Die Uebernahme des gesamten Vermögens der bisherigen Straßenbahngesellschaft an die Stadt Riesa wird in der am 24. Mai 1922 stattfindenden Generalversammlung beschlossen werden. Die Stadtgemeinde ist sich hierbei wohl bewußt, daß hierdurch große Opfer zu erwarten sind. Im Interesse der Allgemeinheit glaubte sie aber diese Opfer auf sich nehmen zu müssen, um der Einwohnerchaft zu Riesa dieses Verkehrsmittel nach Möglichkeit zu erhalten. Ob dieses auf die Dauer möglich sein wird, wird zum großen Teil von der Riesauer Einwohnerchaft selbst abhängen. Nur wenn diese das Unternehmen durch fleißigere Benutzung, als es bisher gezeigten ist, unterstützen wird, kann es sich auf die Dauer halten. Zu hoffen und zu wünschen ist es darum auch, daß dieses gemeinnützige Unternehmen auch von demjenigen Teil der erwachsenen Bürgerchaft, welche mittelbar Vorteile durch das Unternehmen erzielt, etwa in der Art unterstützt wird, daß die Vereine usw., zu welchen sich diese Kreise zusammengeschlossen haben, durch laufende jährliche Unterstüßungen die Kosten mittragen helfen. Die städtischen Körperschaften sind sich zwar dessen bewußt, daß die Straßenbahn eine Verkehrsanstalt für den öffentlichen Nutzen ist, die nicht lediglich nach dem Gewinnstandpunkte verwaltet und beurteilt werden darf, und sind darum von vornherein bereit, gewisse Opfer zu bringen und Zuschüsse zu leisten. Wenn aber diese Zuschüsse das Maß des Ertrags übersteigen würden, wenn es nicht gelingen würde, den Betrieb einzukleiden, ganz erheblich herabzubringen, dann würde die Stadtgemeinde es vor der Allgemeinheit nicht verantworten können, wenn sie ein Unternehmen durchführt, das seine Existenzberechtigung nicht dadurch beweist, daß es durch eifrige Benutzung sich selbst lebensfähig erhält. Es ist also Sache unseres Publikums, diesen Nachweis zu erbringen. Möge das alles aber auch stets daran denken, daß, wenn einmal die Straßenbahn wieder in Betrieb gesetzt werden müßte, eine Neugründung derselben bei dem jetzt andauernden Steigen der Löhne und Materialpreise so gut wie ausgeschlossen ist. Einige Änderungen im Betrieb sollen zunächst probeweise eingeführt werden. Ein- und Aussteigen erfolgt nur in der Richtungsrichtung vorn von rechts aus. Billets werden nicht mehr verausgabt. Der Fahrpreis wird in der Stadt und im von der Passagier beim Einsteigen in einen neben dem Kutscher befindlichen Kasten zu stecken. Geldscheine sind dabei zu entfallen. Die Veronesenfahrpreise bleiben die bisherigen. Für jedes Gepäckstück ist für eine Person vorgegebene Fahrpreis zu zahlen. Ausgenommen sind nur kleine Gepäckstücke, die

der Passagier auf seine Knie nehmen kann, ohne seine Nachbarn zu belästigen. Für Gepäckstücke, die ohne menschliche Begleitung, als Geprehgut mitgegeben werden, ist außer dem für das Stück vorgegebenen Preis noch ein Zuschlag in Höhe des Fahrpreises für eine Person zu entrichten. Monatskarten usw. behalten ihre Gültigkeit. Freikarten dagegen werden sämtlich für ungültig erklärt mit Ausnahme der den städtischen Polizeibeamten und deren unmittelbaren Vorgesetzten, nämlich dem Bürgermeister, dem juristischen Stadtrat und dem Stadtrechtsrat angestellenden. Der Fahrplan bleibt bis auf weiteres der bisherige.

1. Bundesfesten des Sängerbundes Riesa-Land in Wälknitz. Am Sonntag fand in Wälknitz das Bundesfesten des Sängerbundes Riesa-Land statt. Eine große, große Sängerschule hatte sich zu frühlicher Malkahrt aufgemacht und sich hier eingefunden. Es waren folgende Vereine da: M.-G.-V. „Froh Lied“, Poppitz; M.-G.-V. „Fidelio“, Röderau; M.-G.-V. „Niedertafel“, Glaußitz; Gemischter Chor Gröbitz; M.-G.-V. „Nichtenlee“, M.-G.-V. „Lora“, Röderau; Gemischter Chor „Niedertafel“, Weiba; Gemischter Chor „Niedertafel“, Zeitzain; Gemischter Chor „Einigkeit“, Fraustz; M.-G.-V. „Concordia“, Münchitz und M.-G.-V. Wälknitz. In feierlicher Lage marschierten die Sänger vom Bahnhofe durch das mit Fahnen und Ranken zu ihrem Empfang reichgeschmückte Dorf, das sich der Einfahrt der Sänger herzlich freute. Im großen Saale des Gasthofes wartete eine große Zuhörermenge. Der M.-G.-V. Wälknitz, der gütigst den Platz zur Verfügung an: Pyrmne an die Musik von Bielester. Nun betrat der Vorstand des M.-G.-V. Wälknitz das Podium, um mit herzlichen, warmen Worten alle Erschienenen zu begrüßen. Er feierte das deutsche Lied und seine Sänger. Der Bundesvorsitz, Herr Kantor Oberlehrer Kröber von Glaußitz, dankte und gab seiner Freude Ausdruck, daß in dem heiligen Bunde alle Stände unseres Volkes geeint sind. Mit dem Bunde: „Brüder, reicht die Hand zum Bunde“ wurde die Treue neu befestigt. Nun betrat der M.-G.-V. Wälknitz das große Podium, und machtvoll durchbrauten Massenlieder den Raum! Dann bot jeder Verein für sich allein 1 Niederbart. Was wurde da alles geboten! Wie treu und fleißig ist in den Vereinen gearbeitet worden! Es wäre unredlich, einen Verein hervorzuheben zu wollen, alle boten Schönes und Gutes, oft Hervorragendes, alle sind einig in der Liebe zum deutschen Bunde, allen merkte man die Begierde nach der guten Sache an. Möge das so bleiben! Möge der Bund, mögen die Vereine unter ihren wackeren, braven, kunstfertigen Dirigenten, zum Glück Volksschullehrern, weiter blühen und gedeihen und an ihrem Teile zur Veredelung unseres Volkes beitragen. — Von 1/2 bis 7 Uhr dauerte das Konzert. Dann hielten Bier und Tanz die frohen Sänger noch lange beisammen. Es war ein großer Tag für Wälknitz, waren doch insgesamt etwa 1500 Personen zu dieser Veranstaltung da. Es war ein großer Tag für den Sängerbund, ein voller, ganzer Erfolg. Heil dir, du wackerer Sängerschul!

2. Kursus für Damenschneider und Wäsche. Es sei auch an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht, daß die Fachlehrerin E. Leonhardt aus Leipzig demnachst im Hotel Kronprinz einen Kursus für moderne Damenschneider eröffnen wird. Interessenten werden für Freitag, 26. Mai, zu einer Besprechung eingeladen. (Näheres siehe Anzeigentel.)

3. Unzulässiger Zusatzapparat für Fernsprecher. Die Nachrichtenstelle der D. P. D. teilt mit: Bei Fernsprecheinnehmern in Dresden wird zurzeit von einem Ausländer ein Apparat zum Kauf angeboten, der eine Verärgerung der Lautwirkung erzielen soll. Der Apparat ist zum Anschluß an den Fernsprecheinnehmer bestimmt und besteht aus einer schwarz polierten hölzernen Kugel mit eingelagertem roten Seide. Der Apparat erfüllt den ihm beigesetzten Zweck nicht, hat bereits Störungen verursacht und darf an Reichsfernsprechern nicht angebracht werden. Vor der Anschaffung wird gewarnt.

4. Himmelfahrtserlebnis. In der schönsten Zeit des Jahres, die wie ein großes, nie aufhörendes Wunder hervorbringt und die Seele mit kindlichem Staunen und tiefer Demut erfüllt — in dieser Zeit ist ein Tag, der durch den Klang seines Namens schon eine Lichtstunde im

Seelen breitet und alles hervorlockt, was sich im Menschen nach Licht und Freude sehnt, wie die Sonne die Blumen aus ihrem Schale weckt — Himmelfahrt, das ist der Tag, an dem sich jeder einen strahlenden Himmel wünscht, weil er den Frühling feiern möchte. Die Seele soll einmal frei werden von dem Staube des Alltags und von Erdenkummer gelöst, ihre Fittiche zum Fluge ausbreiten. Auch der, dem die Schönheit der Natur eine Quelle der Andacht ist, findet bei all seiner Sinnensfreude darüber allein noch nicht den Weg zur Höhe. Wir müssen den suchen, der schöner ist als die Schönheit aller Geschaffenen. Jesus ertrahlt in leuchtender Glorie wie einst, als er von den Jüngern auf dem Ölberge schied. Das Erlebnis dieser Jünger an jenem Tage war ein wunderbares Erlebnis: Jesus schied von ihnen aber nicht um ihnen fernzurücken, sondern um ihnen erst recht nahe zu sein. Ihr Herr hatte sie nicht verlassen, er war mit ihnen und in ihnen und lieb eine große Freude in ihren Herzen nach werden. Diese Freude trieb sie als Zeugen Christi unter den Menschen zu wirken, wie der Herr selbst es ihnen gesagt hatte. Etwas von dieser Freude kann und muß auch in unser Herz kommen. Auch uns ist Christus ganz nahe, er reicht uns seine Hand und will uns zu sich hinaufziehen, wenn wir ihn suchen und ihm nicht aus dem Wege gehen. Nimm den Sonnenanfang der Liebe des lebendigen erlösten Christus in die Arbeit deines Berufes; bewahre das heilige Licht, das von ihm ausgeht, in deinem Herzen, und laß es da nicht erlöschen, sondern laß es immer brennen und in alle deine Tatkraft leuchten. Jesus, der Himmelfahrtstag, hat Macht, auch die dunkelste Tatkraft zu vercheuchen. Nur, wenn wir mit ihm gehen, bleibt der Glanz des Himmelfahrtstages bei uns. Dann hält deine Seele ihre Himmelfahrt.

5. Eine kirchengeschichtliche Stunde. Das evangelisch-lutherische Landeskonfessionarium zu Dresden hat angeordnet, daß in allen Gemeinden der sächsischen Landeskirche in den Gottesdiensten am Himmelfahrtstag des hochbedeutungsvollen Zusammenschlusses aller deutsch-evangelischer Landeskirchen zum Deutschen Evangelischen Kirchenbund zwecks Wahrung und Verteidigung aller gemeinsamen Interessen fürbittend gedacht werde. Ferner sollen überall dort, wo die Nachricht noch rechtzeitig eingelangt, einem Wunsch des Deutsch-evangelischen Kirchenbundes gemäß, mittags 12 Uhr die Kirchenglocken geläutet werden. Um diese Stunde wird nämlich in Wittenberg durch die Bevollmächtigten aller deutsch-evangelischen Landeskirchen der Abschluß des Kirchenbundesvertrages, wie er auf dem 2. Deutsch-evangelischen Kirchentage in Stuttgart beschlossen wurde, vollzogen und dadurch eine jahrhundertelange Sehnsucht des evangelischen Volkes erfüllt.

6. Kirchenpreise und Kirchenpreis. Eine Dresdner Korrespondenz verbreitet folgende Meldung: Soweit sich bereits übersehen läßt, wird in diesem Jahre, vorausgesetzt daß keinerlei Naturereignisse eintreten, in den großen Kirchenbezirken in der Amtshauptmannschaft Dresden mit einer guten Mittelernte gerechnet, es gibt vereinzelte Bandfrüchte, wo mit sehr gutem Ertrag zu rechnen ist, andererseits sind aber auch Bezirke mit geringem Baumbestand zu verzeichnen. Wie auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens andauernd Preissteigerungen zu beobachten sind, so dürfte dies auch für den künftigen Kirchenpreis der Fall sein. Im vergangenen Jahre wurden Pachterträge dieser Art erzielt, die man kaum für möglich gehalten hätte, und doch müssen die Kirchenpächter auf ihre Rechnung gekommen sein. In den Kirchen-Hauptbezirken sind die Verpachtungen fast durchweg in den letzten Tagen erfolgt oder sie stehen vor ihrem Abschluß. Soweit sich bereits übersehen läßt, wurden die vorjährigen Pachterträge um durchschnittlich 75 Prozent gesteigert, vereinzelt wurde von auswärtigen Unternehmern glücklicherweise doppelte vorjährige Preise geboten! Einem besonderen Ausschlag betreffs der Höhe des Verkaufspreises geben andererseits auch die zu zahlenden Pflückerlöhne. Die Kirchenpflücker fordern für dieses Jahr pro Woche 1800 bis 2000 Mark Lohn. Bei diesen Löhnen kosten ein Pfund Kirchen zu pflücken, je nach der Leistung des betreffenden Kirchenpflückers, zwei bis drei Mark, während der Haupterntezeit. Bei dem mäßigen Anspülenden der zeitigen Sorten, wo naturgemäß viel weniger Tagesleistung zu erzielen ist, stellt sich im Durchschnitt der auf das Pfund

Billiger als die Eisenbahn

Ist ein Fahrrad mit guten Reifen. Es macht unabhängig u. kostet weniger Kilometergeld. Aber auf die Bereifung kommt es an! Je besser diese, um so billiger die Fahrt.

Nimm

Continental

Reifen



Risiken entfallende Pfänderlohn noch wesentlich höher. Berücksichtigt man weiter die hohen Transport- und alle anderen sonstigen Unkosten, dann läßt sich leicht voraussehen, wie hoch der Kirschenpreis in diesem Jahre zu haben kommt. Nach Kirschenpächterkreisen wird mitgeteilt, daß mit einem Hektarpreis von 800 bis 800 Mark in der allgemeinen Erntezeit zu rechnen ist. Wie sich die wirklichen Verhältnisse auf dem Kirschenmarkt gestalten werden, hängt eben vom Ernteertrag und den vorerwähnten Faktoren ab. Nach alledem ist mit einem Verkaufspreis von etwa 8 bis 10 Mark zu rechnen.

Die Einfuhrung in das Orisklassenverfahren. Beim Ministerium des Innern, Personalamt, gehen noch immer zahlreiche Anträge auf Überholung von Orten im Orisklassenverzeichnis ein. Jenen näher zu treten, ist mit Rücksicht darauf, daß jetzt eine endgültige Orisklassenverteilung vorliegt, nur dann möglich, wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse des betreffenden Ortes seit der Verabschiedung des Orisklassenverzeichnisses völlig verändert haben und wenn diese Veränderung nicht eine Allgemeinveränderung ist, die die Ordnung also nicht berechnete Veränderungen auslösen müßte. Ob diese Voraussetzungen erfüllt sind, hat zunächst die zuständige Verwaltungsbehörde (Amtshauptmannschaft, Kreisoberamtsverwaltung) zu beurteilen. Es empfiehlt sich deshalb, etwaige Anträge auf Überholung von Orten dorthin zu richten.

Die Deutsch-demokratische Partei in Sachsen erläßt eine Kundgebung, in der es noch einem Entwurf darauf, daß die gegenwärtige sächsische Regierung nicht das Vertrauen besitze, heißt: Trotzdem ist die Regierung nicht, wie es der parlamentarische Brauch erfordert hätte, zurückgetreten. Sie hat damit bewiesen, daß sie die demokratischen Grundzüge bewahrt mißachtet. Aus diesen Gründen ist es notwendig, daß alle Männer und Frauen, die ihren zu den Grundfragen wahrer Demokratie stehen und eine Volksgemeinschaft als Ziel einer demokratischen Politik anerkennen, nun dem Volksbegehren auf Auflösung des Landtages zustimmen. Wir fordern deshalb alle unsere Wähler und Wählerinnen in Stadt und Land auf, ihre Namen in die für das Volksbegehren aufgestellten Listen einzutragen.

Personenverzeichnis am Himmel. In der Nacht zum Sonntag, den 25. Mai 1922 (Himmelfahrt) werden außer den an Sonn- und Festtagen verkehrenden Himmeln noch in Verkehr gesetzt die Verionengänge:

483	Dahlen-Riesla	an Riesla	5,85 früh
589	"	"	7,54 abends
1281a	Rosfen	"	6,80 früh
1245	"	"	5,10 abends
1282	Riesla-Rosfen	ab Riesla	4,30 früh
1244	"	"	4,30 nachm.
3440	-Döbeln	"	2,26 "
3487	Döbeln-Riesla	an	1,40 "
5211	Döbeln	"	5,30 früh.

Dresden. Das Volkspräsidium teilt mit: Der in der Nacht zum Sonnabend in Ebnitz verübte Raubmord an dem Privatmann Krause konnte bereits im Laufe des gestrigen Tages durch die hiesige Kriminalpolizei aufgeklärt werden. Diese höchste Verdacht gegen einen hier in Haft befindlichen jungen Mann, der in Dresden Schmuckwaren abzugeben versucht hatte. Durch eine Falle, die man ihm stellte, gelang es, ihm die Beteiligung am Sedwiger Morde nachzuweisen und ihn zu einem Geständnis zu bewegen. Noch im Laufe des gestrigen Tages gelang es, die übrigen Missetäter festzunehmen. Ihre Zuführung an das Amtsgericht erfolgte heute vormittag. — Der Schriftsteller und Regisseur Georg Müller-Heim in Dresden ist von einem seiner Angehörigen durch ein vor Gericht abgelegtes Geständnis als Urheber der Verleumdungen und Verhöhnungen bezeichnet worden, die in der von Müller-Heim herausgegebenen Wochenchrift „Der Sedwiger“ seit Monaten gegen die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei und besonders gegen den Oberregierungsrat Dr. Böhm planmäßig veröffentlicht worden sind. Der Ministerpräsident wird nunmehr wegen dieser Reihe strafbarer Verleumdungen Strafantrag gegen Müller-Heim und seinen Mitarbeiter stellen. — Die Finanzierung des Philharmonischen Orchesters während der Sommermonate bereitete bekanntlich trotz des erheblichen Stadtschuldenes erste Schwierigkeiten, da die großen Sälen, auf die das Orchester im Sommer angewiesen ist, unter den jetzigen Umständen nicht mehr in der Lage sind, die Unkosten aufzubringen. Kreislichermäßig aber ist in den letzten Tagen ein Vertrag zwischen dem Orchester und der Leitung der Jahresfeier Deutscher Arbeit Dresden, die bekanntlich am 1. Juni eröffnet und bis zum Herbst dauern wird, zustande gekommen, nach welchem das Orchester für die Jahresfeier verpflichtet ist, und zwar wird es jeden Nachmittag und Abend in voller Stärke von 65 Musikern spielen. Zweimal in der Woche dirigiert Edwin Lindner, die anderen Tage Kapellmeister Krause vom Kurorchester in Nauheim, ein junger Dirigent von großen Fähigkeiten und beginnendem Ruhm.

Zoo rari. Das durch seine herrliche Lage bekannte Schloss ist für den Preis von 1.200.000 Mark in den Besitz eines Ausländers übergegangen.

Madenkette. Im Laufe des nächsten Monats verläßt Oekonomierat Friedrich Schmidt, seit 25 Jahren Vizepräsident des Rittergutes Oberadenstein, unsern Ort, um das Rittergut Schalken bei Großenhain pachtweise zu übernehmen. Bei einer Abschiedsfeier drachten Vertreter der Kirchengemeinde, wie der politischen und der Schulgemeinde ihren Dank zum Ausdruck für die Dienste, die Oekonomierat Schmidt als Kirchen- und als Schulvorsteher, wie als Vertreter des oberen Rittergutsbezirks der Gemeinde geleistet hat. Auch in weiteren Kreisen des Landes ist der Genannte durch die Ausübung zahlreicher Ehrenämter bekannt geworden. Er ist u. a. Mitglied der Landesgenossenschaft.

Ebenholz. Im Winter hielt sich in einem Hotel der Umgebung ein Paar auf, das sich als Dr. iur. v. v. v.

und Frau aus Charlottenburg im Brauereibau eine Tragn hatte. Die Frau verschwand eines Tages. Später stellte sich heraus, daß sie die Geliebte des Dr. v. v. v. war, die aus Hamburg kam. Ihre Angehörigen wollten nach Hamburg nach ihrem Verbleib an, in dem Verlaufe Dr. v. v. v. verhaftet wurde. Jetzt hat die Kriminalpolizei bei einer Durchsichtigung der Umklekabine die Leiche der Frau gefunden. Sie war zwei Robbische auf; ein Revolver lag bei der Leiche.

Kauter bei Schmargendorf. Ein Mullus Edelema spielte sich am Sonntag vormittag in unserem Ort ab. Die Frau des Lehrers Weh, die getrennt von ihrem Manne hier bei ihren Eltern wohnt, erlitt den Verlust ihres Mannes. Nach kurzem Wortwechsel, bei dem jedenfalls das eheliche Verhältnis erörtert wurde, zog Weh einen Revolver und schloß seine Frau nieder. Die bedauernswerte Frau war auf der Stelle tot. Der Täter wurde sofort verhaftet.

Wespa. Das baupolizeilich berühmte Gebäude der „Wespa“ in Leipzig, in dem das Museum untergebracht ist, wird zur Zeit einem Umbau unterzogen, durch den unter anderem bedeutend erweiterte Verkehrsverbindungen im Erdgeschoss geschaffen werden. Die Umbauarbeiten werden bis zur Herbstmitte (27. August bis 2. September) vollendet sein.

Die erhöhte Umsatzsteuer.

Durch die neueste Steuerreform ist die Umsatzsteuer für alle nach dem 1. Januar 1922 getätigten Umsätze von einundzwanzig auf zwei Prozent erhöht worden. Geldt wenn der Verkauf einer Ware bereits vor dem 1. Januar 1922 und nur die Abrechnung nach diesem Zeitpunkt erfolgt, ist derselbe die erhöhte Umsatzsteuer von zwei Prozent zu zahlen. Ferner wird in Zukunft die Vorauszahlung der Umsatzsteuer gesetzlich vorgeschrieben. Vom 1. August 1922 ab werden daher für nicht gezahlte Umsatzsteuer Vorauszahlungen berechnet, falls der Steuerpflichtige nicht innerhalb eines Monats nach Ablauf eines jeden Kalendermonats eine Vorauszahlung der in diesem Vierteljahr getätigten Umsätze entrichtet. Außerdem wird, wenn der Betrag der endgültigen Veranlagung die gesetzlich vorgeschriebene um mehr als zwanzig Prozent übersteigt, eine Strafgebühr in Höhe von zehn Prozent des zu wenig vorausgezählten Betrags erhoben.

Eine sehr starke Einschränkung erfährt in Zukunft auch die Befreiung des Auslandsverkehrs von der Umsatzsteuer. Steuerfrei sind nur noch solche Waren, die der ausführende Unternehmer nicht selbst herstellt, sondern gebrauchsfertig erworben hat und ohne vorherige Bearbeitung ins Ausland liefert. Der Produzent ist also umsatzsteuerpflichtig, nicht aber der Exporteur, der ausschließlich Zwischenhändler ist. Der Sinn dieser zuerst sehr fassam anmutenden Bestimmung ist offenbar der, daß die nach dem Auslande gehenden Waren jedenfalls nur einmal durch die Umsatzsteuer versteuert werden sollen, damit die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Erzeugnisse auf dem Weltmarkt nicht allzu sehr geschädigt wird. Ebenso sind andererseits Einfuhrwaren, die das Ausland nach Deutschland bringt, auch beim ersten Umfah in Zukunft umsatzsteuerpflichtig. Nur die Waren, die auf einer sogenannten Freiliste verzeichnet sind, bleiben unter bestimmten Voraussetzungen umsatzsteuerfrei für den ersten deutschen Käufer. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Rohstoffe und Halbfabrikate, die für die deutsche Produktion unentbehrlich sind, oder die in Deutschland nur verarbeitet werden, um sofort in Gestalt von Fertigwaren wieder ausgeführt zu werden. Es ist klar, daß Deutschland kein Interesse daran hat, eine Warenfabrikation, die in Deutschland nur als ein Veredelungsprozess vorgenommen wird, bei der also die deutschen Produzenten im wesentlichen nur Arbeitslohn oder Werklohn verdienen, durch eine Umsatzsteuer übermäßig zu belasten und damit vielleicht überhaupt unlohend zu machen.

Es steht außer Zweifel, daß die Umsatzsteuer alles in allem eine überaus rohe Form der Besteuerung darstellt, deren preisverteuernde Wirkungen bei einem nach jedem Übergang der Ware in einer andern Hand aus dem erhobenen Steuerfuß von zwei Prozent überaus groß sind. Hierzu kommt dann noch die rückwirkende Kraft der erhöhten Steuerfüße auf eine verhältnismäßig lange Frist, nämlich für die ganze seit dem 1. Jan. 1922 verstrichene Zeit. Es sind deshalb gewisse Darlehensbestimmungen vorgeschrieben. Ein Erlass des Reichsfinanzministeriums bestimmt nämlich, daß in denjenigen Fällen, in denen der Steuerpflichtige durch die rückwirkende Kraft des Umsatzsteuergesetzes besonders unbillig belastet wird, ihm unter Umständen für das erste Vierteljahr 1922 eine Erleichterung gewährt werden kann, insbesondere dann, wenn der Umsatzsteuerschuldner nicht in der Lage war, bei dem im ersten Vierteljahr getätigten Verkauf schon die erhöhte Umsatzsteuer in die Preisstellung einzukalkulieren.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

In einer Kundgebung der Kolonialdeutschen zur Mandatsfrage, die in Berlin stattfand und von über 3000 Kolonialdeutschen besucht war, wird gefordert, daß die gerubten Kolonien zurückgegeben werden, damit Deutschland das so erfolgreich begonnene Werk zum Wohle der Menschheit fortsetzen könne.

Der Reichsrat hat die Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Fernsprechkosten beschlossen. Das Zwangsankleihegesetz wurde vom Reichsrat mit einigen Änderungen angenommen.

Pensionskürzungen. Im Haushaltsauschuss des Reichstages wurde der Pensionskürzungsgegenentwurf angenommen, der bestimmt, daß den Ruhegehaltsempfängern, die ein künftiges Einkommen außerhalb des Reichs oder Landesdiensts beziehen, das Ruhegehalt einschließlich des Steuerzuschlags entsprechend gekürzt wird, wobei aber Arbeitslohn bis zur Höhe von 60000 Mark bei der Kürzung unberücksichtigt bleiben.

Auf dem Bundestage der technischen Angestellten und Beamten wurde in der Aussprache die Stellung des Bundesvorstandes zum Eisenbahnerstreik kritisiert. Der Bundestag billigte jedoch in seiner Mehrheit die Haltung des Bundesvorstandes und nahm eine Entschließung an, die sich gegen den Ausschluß des Bundes aus dem Deutschen Arbeitgeberverbande ausdrückt und die Beamtenchaft auffordert, sich zu einem selbständigen Gewerkschaftsbund der Beamten zusammen zu schließen. Der Bundestag beschloß, daß jede parteipolitische Befragung unterbleiben solle.

Die plattdeutsche Woche. Aus Bremen wird gemeldet: Nach dem feillichen Empfang der Deutschamerikaner am Sonntag und einer Automobilsahrt nach Boris Webe am Montag, wurde gestern als Höhepunkt des ersten den Deutschamerikanern gewidmeten Festes der plattdeutschen Woche unter harter Beteiligung der Bevölkerung eine Befersfeier veranstaltet, an der Vertreter des Senats, der Handelskammer und der Presse teilnahmen. In einigen Tagen findet noch eine offizielle Begrüßung durch den Senat und die Handelskammer zu Ehren der Deutschamerikaner statt.

Minowin in Berlin eingetroffen. Mit die Berliner Blätter mitteilen, ist das Mitglied der russischen Genossenschaftskommission Minowin in Berlin eingetroffen. Krassin wird noch in dieser Woche in Berlin erwartet, während sich Tschicherin auf der Reise aus Genua verabschiedet hat.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 24. Mai 1922.

Unser Marine von einem schweren Unglück betroffen. (Berlin. In der vorgangenen Nacht stießen in der Nähe von Scharh bei einem Nachschub unserer Schiffe und Torpedoboot des Vizeadmirals „Gannover“ und des Torpedoboot „S 18“ aneinander. Das Torpedoboot wurde am Bug beschädigt und ist nach Scharh eingelaufen. In treuer Pflichterfüllung haben bei dem Zusammenstoß 5 Torpedobootmatten und 5 Torpedobootschreiber den Tod gefunden.

Wahnahmen gegen die Seucheneinfuhrung. (Berlin. Rrlich sind unter Verletzung der zuständigen Ministerialbefehle und Gesundheitsämter eine Konferenz in Berlin statt, um Maßnahmen für den Fall einer Einfuhrung von Cholera und Typhus aus Ozean zu treffen.

Die Interalliierte Militärkommission hat der Reichsregierung aufgegeben, die Schanzbatterie auf Grenzwerke im Osten aufzuheben und durch Reichswehr zu ersetzen. Die preussische Regierung hat dagegen die härtesten Bedenken. Eisenbahnunfall.

(Berlin. In der vorgangenen Nacht entgleiten auf der Berliner Ringbahn in der Nähe des Bahnhofs Gierstraße vier Wagen eines Güterzuges, die zum Teil nach dem Bahnhofs Wilmersdorf-Tempelhof umkippten. Ein von Wilmersdorf kommender Güterzug fuhr in die Trümmer hinein; die Lokomotive und sechs Wagen dieses Güterzuges entgleiten ebenfalls. Zwei Hilfskaffner wurden leicht verletzt.

Die Beratungen des Reichskabinetts. (Berlin. Das Reichskabinet hat am Dienstag fast den ganzen Tag über die am Montag abgebrochenen Beratungen über die Genuefer Konferenz und die Reparationsangelegenheiten fortgesetzt. Die Nachmittagsberatung am Montag um 10 Uhr zu Ende. Ueber das Ergebnis verlautet nichts. Es wird auch kein amtlicher Bericht über den Verlauf der bisherigen Beratungen ausgegeben werden. Dies bekräftigt die Annahme, daß ein abschließendes Ergebnis solange überhaupt nicht erzielt werden kann, als nicht Minister Hermes über seine Berliner Verhandlungen in Berlin Bericht erstattet hat. Da er erst am Donnerstag in Berlin eintrifft, werden die Beratungen solange ausgesetzt. Es findet daher am heutigen Mittwoch keine Kabinettsitzung statt.

Lohnfrage im Mansfelder Bergbau. (Mansfeld. Die Arbeiterchaft der Mansfelder Bodenk. G. für Bergbau und Hüttenbetrieb hat das Angebot der Verwaltung, die Löhne um fünf Mark pro Schicht zu erhöhen, abgelehnt. Das Reichsarbeitsministerium hat daraufhin ein Schiedsgericht eingesetzt, das eine Erhöhung der Löhne auf 10,50 Mark pro Schicht festsetzte. Die Arbeiterchaft scheint diesen Schiedspruch nicht annehmen zu wollen. Es wird in Dresden eine Betriebsratskonferenz stattfinden, die über die weiteren Schritte beraten wird. Nach Ansicht der mehrheitssozialdemokratischen Volksstimme ist die Lage ernst.

Kontrolle der Entfickung Ostlands. (Hamburg. Der englische Kreuzer „Gordelia“ wird am 29. Mai den Chef der militärischen Kontrollkommission der Entente in Berlin, Admiral Carlton, der den Fortgang der Entfickungsarbeiten in Ostland in Augenfeld nehmen will, an Bord nehmen.

Die Deutschlandreise der Wiener Sänger. (Wien. Anlässlich der Reise des Wiener Männergesangsvereins durch Deutschland schreibt das „Neue Wien, Abendblatt“: So viel Wohlwollen und auch sonst von überall geliebt werden möge, wir wissen doch, in Deutschland sind wahre Freunde; dort ist das Land, von dem wir ganz verstanden werden. Die staatliche und geographische Bereicherung des deutschen Volks konnte in Versailles und St. Germain andesohlen werden; im Geist und Gefühl sind wir dennoch einig und eins mit unsern Mitbürgern im Reich. Ein bulgarisches Demont.

(Sofia. Das bulgarische Preshiro widerpricht in formeller Weise den aus Wien und Belgrad stammenden Berichten von einer Revolution in Sofia, die auch in die ausländische Presse übergegangen sind. In ganz Bulgarien herrsche vollständige Ruhe. Die Festigkeit der Regierung habe sich mehr als jemals durch den Erfolg der bulgarischen Delegation in Genua verdrückt, wo die Loyalität und der friedliche Geist Bulgariens in hohem Grade anerkannt worden seien.

Schug gegen die Ausbeutung der Sachverständigen im Genu. (Paris. Das holländische Außenministerium teilt mit, daß die Ausgaben für die verschiedenen Delegationen, die an der Konferenz im Haag teilnehmen, nicht von der holländischen Regierung übernommen werden. Dagegen hat sich die holländische Regierung entschlossen, mit allen Maßnahmen die Ausbeutung der Delegierten und Vertreter zu verhindern. Die Hotelbesitzer haben ihrerseits beschlossen, ihre Tarife während der Konferenz nicht zu erhöhen. Die Verhandlungen finden im Friedenspalaste statt.

Die Frage einer französischen Sonderaktion. (London. „Daily Telegraph“ schreibt, bevor irgendeine Aktion von den Alliierten gemeinsam oder von einer einzelnen Macht für den Fall, daß Deutschland am 31. Mai seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, vorgenommen werde, müsse die Reparationskommission erst feststellen, daß Deutschland vorläufig seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen sei. Daraufhin müsse dann noch eine Befragung aller Unterzeichner des Versailler Vertrages veranstaltet werden. Alle vernünftigen Franzosen seien sich jetzt klar darüber, daß das Deutsche Reich nur durch eine internationale finanzielle Unterstützung in die Lage versetzt werden könne, seinen Reparationsverpflichtungen gegenüber Frankreich nachzukommen, und daß eine Unterfückung dieser Art nicht erfolgen werde, wenn Frankreich von neuem zur Gewalt greife. Morgan und Dr. Bülfering würden dies in der Erörterung mit den Sachverständigen der Reparationskommission ausprechen.

Italienisch-russischer Handelsvertrag. (London. Reuters meldet aus Genua, Schanget verhandelt mit Tschicherin und Krassin über einen italienisch-russischen Handelsvertrag.

Bermischtes.

Schweres Bootunglück. Am Sonntag ereignete sich, wie aus Rungsborg gemeldet wird, auf dem Ewensinsee ein schweres Bootunglück. Ein Biezer des Biederseeins, der einem auf dem See treibenden Ruberer Ollie bringen wollte, schlug bei dem starken Nordwind voll Wasser und kenterte. Zwei Insassen retteten sich durch Schwimmen, die drei anderen, die das Boot wieder befestigen hatten und sich vom Wind treiben ließen, werden vermißt. Sie sind zweifellos ertrunken. Das leere Boot wurde treibend aufgefunden.

Ein neues Verjüngungsmittel. Der Friseur des Londoner Savoyhotels hat eine neue Mittelung für Schwärzende“ erfindet, in der den Londoner Damen unter Garantie zu Jugend und Schönheit verholfen wird, was gar nicht billig zu sein scheint. Die Damen werden in

Zitherkonzert im Stern

heute abend 8 Uhr.

Bereinsnachrichten

Chorverein. Nächste Probe Freitag, den 26. d. M., 8 Uhr Aula, Vorbereitung für Moritzburg. Lieberliebhaber mitbringen!
Reichsbereinsverein ehemaliger Kriegsgefangener. Donnerstag, 25. 5., vorm. 9 Uhr Volkshaus. Tagesordnung: Bericht vom Bundestag. Die zugehörigen Gruppen müssen vertreten sein. Hotel zum Stern, kleiner Saal.
Stenographen. Gabelberger, Gröba, Freitag nach der Übungsstunde Monatsversammlung.

Donnerstag, den 25. 5., Schwarzer Clay:
„Wettin“-Wurzeln
 Riesner Sportverein 1b.
 Beginn 7/4 Uhr.
 Vorher: Fortuna-Beizung 1. Jug.
 Riesner Sportverein 1. Jugend.

Konzert- u. Ballhaus
Hotel Wettiner Hof.
 Donnerstag, 25. 5., Simmelfahrt
feiner öffentlicher Ball
 Anfang 4 Uhr.
 Neue verstärkte Kapelle. Die neuesten Schlagertänze.
 Um recht regen Besuch bittet
 W. Franke.

Schützenhaus Riesa.
 Morgen, zur Simmelfahrt
feine öffentl. Ballmusik.
 Anfang 4 Uhr.

Konditorei und Café Wolf
 Pausitzer Str. 11 Fernspr. 135
 empfiehlt feinen schönen schattigen Garten.
 Heute ab 6 Uhr
Dortmunder Union-Doppelbier (Pilsner Art).
 Es ladet freundlich ein Franz Wolf.
ff. Gefrorenes. ff. Maitrank.

Gasthof Gröba.
 Donnerstag, 25. Mai (Simmelfahrt)
feine öffentl. Ballmusik.
 Hierzu ladet freundlich ein Paul Große.

Gasthof Mergendorf.
 Donnerstag (Simmelfahrt)
Garten-Freikonzert, nachdem
feiner öffentlicher Ball.
 Es ladet freundlich ein Paul Röber.

Reichshof Zeithain.
 Donnerstag, zur Simmelfahrt, von 5 Uhr an
große öffentl. Ballmusik.
 Hierzu ladet freundlich ein Oskar Gäbler.

Gasthof zum Hof, Ragewitz.
 Donnerstag, zur Simmelfahrt
feiner öffentlicher Ball.
 Dazu ladet ein W. Robisch.

Gasthof Niederlommalsch.
 Donnerstag, 25. Mai, zur Simmelfahrtstag
feine öffentl. Ballmusik.
 Für ff. Speisen ist bestens gesorgt.

Um Raum zu Betriebsveränderungen zu gewinnen, verkaufe ich sofort ab Lager folgende
fabrikneue Maschinen:
 4 Getreidemäher, 2 Grasmäher, 1 Krummel-Gewinder, 2 Kartoffelgraber, 4 Anfahrhaken, 1 Wägen (Sack 10 MS), 1 Amalgamspflug mit Vorwender, 1 besgl. ohne Vorwender, 1 Zweifachwendesflug (Malle), 1 Antriebsmaschine (Drehscheibe), 2 Wirtschaffwagen, 2 Sattelwagen, 2 Kesseln, 2 Sackheber mit Karre, 2 Kartoffelrechen mit Stielen, Walzen u. Schneeden, 2 Rübenrechen, leicht und schwer.
Robert Schlegel, Strennen-Balkwitz.

Kirschennutzung.
 Meins sehr gut anstehende Kirschennutzung ist zu verpachten. Bedingungen werden mündlich mitgeteilt. Nachangebots sind bis 30. Mai abzugeben.
W. Franke, Riesa.

Bienen-Auktion.

Krankheitshalber sollen Sonntag, 28. Mai, von nachm. 2 Uhr an ca. 12 Stück Bienenstöcke nach dem Meistgebot verkauft werden.
Mautitz.



Wir eröffnen in den nächsten Tagen in Riesa im Hotel Kronprinz einen dreimonatlichen
Zuschneide- und Anfertigungsturfus
 für moderne Damen-Schneiderei und Wäsche. Alle Interessentinnen werden zu der am Freitag, den 26. Mai, abends 8 Uhr im obigen Hotel stattfindenden Besprechung über die Vorteile und den Zweck unseres einfachen Systems im Zuschneiden und Anfertigen von Damen-Röcken herzlich eingeladen. Fr. Ausprüche, Prospekt, woraus alles näher ersichtlich ist, sind kostenlos im Kronprinz zu haben. Dasselbe werden auch Anmeldungen angenommen.
E. W. Reunhardt, Fachlehrerin, Leipzig.

Rohkohle
 zentner- und fuhrweise gibt ab
Jans Ludewig Nachf., Gebr. Krumm
 Holz und Kohlen
 Riesa (Eibe), Elbstraße 1 - Telefon 612.

Brikett-Ausgabe
 für Riesa-Stadt
 Freitag, 26., Sonnabend, 27. und Montag, 29. Mai.
Oskar Santusch.

Oele! Vertreter Fette!
 in der Industrie und Landwirtschaft best. eingef., zu tul. Bedingungen gesucht.
Schmiermittel-Versorgungs-Ges. Dresden-M.
 Strubestraße 5.

Die Kirchenverpachtung
 des Mittergutes Tiefenan findet Sonntag, den 28. Mai, vorm. 10 Uhr im Gutshofe gegen Barzahlung statt.
Die Gutverwaltung.

Kukirol
 besorgt schnell, sicher und schmerzlos
Hühneraugen
 Hornhaut, Schwielen, Warzen
 Ja Apotheken u. Drogerien erhältlich
Central-Drogerie Oskar Förster.

Ihre am heutigen Tage stattgefundene
 Vermählung zeigen an
Heinrich Schmidt, Lehrer, u. Frau
 Luise geb. Kleinstück.
 Salzbühner-Lichtensee, im Mai 1922.

Für die überaus liebevolle Teilnahme
 und die trostreichen Worte am Grabe beim
 Beimgange unserer lieben, so früh von
 uns geschiedenen Mutter, Frau
Emilie verw. Hofmann
 sagen wir allen lieben Verwandten und
 Bekannten unsern tiefgefühltesten Dank.
 Münchrig, 23. Mai 1922.
 Die trauernden Hinterbliebenen.

Gestern nachmittag entschlief nach
 kurzem schweren Leiden sanft und ruhig
 mein lieber Vater, unser guter Vater,
 Bruder, Schwieger- und Großvater und
 Schwager, Herr
Friedrich Hermann Allermann.
 Gröba, Oschaker Str. 4.
 Die trauernden Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung erfolgt Freitag nachm.
 1 Uhr vom Trauerhause aus.

Gestern nachmittag 4 Uhr verschied
 sanft und ruhig unser Liebling
Käthe
 im Alter von 5 Jahren.
 Die trauernden Eltern
Albert Hofmann und Frau.
 Forberge, 24. Mai 1922.
 Beerdigung findet Sonnabend mittag
 12 Uhr statt.

Gestern nachmittag 4 Uhr verschied
 sanft und ruhig unser Liebling
Käthe
 im Alter von 5 Jahren.
 Die trauernden Eltern
Albert Hofmann und Frau.
 Forberge, 24. Mai 1922.
 Beerdigung findet Sonnabend mittag
 12 Uhr statt.

Gestern nachmittag 4 Uhr verschied
 sanft und ruhig unser Liebling
Käthe
 im Alter von 5 Jahren.
 Die trauernden Eltern
Albert Hofmann und Frau.
 Forberge, 24. Mai 1922.
 Beerdigung findet Sonnabend mittag
 12 Uhr statt.

Hotel Höpfner
 Simmelfahrt von nachm. 4 Uhr
groß. öffentl. Ball
 Verhöferte Gaudelalle.
 Ausverkauf erstklassiger
 Streich- und Blasinstrumente,
 Pianoforte,
 Akkordeon, Tanzschlager,
 Kängeschmer und gemütlicher
 Aufenthalt in der vorzüglichsten
Tanzdielen.
 Ergeb. ladet ein M. Höpfner.

Kammerlichtspiele
 Hauptstraße
 Heute zum letzten Male: „Millionenschieber“.
 Morgen Donnerstag - nur 1 Tag -
Ubo Thomsens Heimkehr
 Bilderdrama mit Wigo Barfen,
 sowie: „Der Weltverächter“, die Tragödie eines Totgelaubten.
Triokünstlerkonzert **Erstklassige** **Triokünstlerkonzert**
Bildbegleitung.
 Ab Freitag! Der größte Sitten-Gesellschaftsfilm der Jetztzeit:
Pariserinnen
 Der Aufstieg eines Fabrikmädchens zur Dame der Gesellschaft.
6 gewaltige Akte
 Schildern spannende Momente aus der dunklen Seine-Stadt.
 In den Hauptrollen: Kettel Orla - Wilhelm Diegelmann,
 Um recht regen Besuch bittet
 der Besitzer Karl Marez.

Für die uns am Tage unserer Vermählung
 so zahlreich dargebrachten Geschenke und Glück-
 wünschliche Worte wie allen - zugleich im Namen
 unserer lieben Eltern - herzlichsten Dank.
 Dresden/Nickel, im Mai 1922.
Otto Müller u. Frau Anna geb. Rohberg.

Kleines Haus
 m. groß. Obst- u. Gemüsegarten und freiverwendender
 Wohnung, Riesa, Goethe-
 Straße 6, zu verk. Preis-
 angebote an D. Walther,
 Goethestraße 81.

8 Monate alter
Hofhund
 billig zu verkaufen
Mautitz Nr. 31.

Gitarre zu verkaufen.
 Berger, Reichner Str. 21.

Kinderwagen
 mit Plane verpackt
 Goethestr. 11, 1. r.
 Infolge Umänderung der
 Stromart sind folgende

Motore
 abzugeben: Gleichstrom,
 220 Volt, Kupf.-Wickl.,
 1,3 PS., 1 PS., 3 PS., 4 PS.,
 5 PS. Sämtl. Motore gar.
 betriebsfähig. Verkauft
Wagner, Annaberg/Erzgeb.

Elektr. Brutapparat
 für 36 Eier zu verkaufen.
Jochmann,
 Tr. W. Zeithain, D. B. 1.

Jauchepumpe
 3/4 m lang, wie neu, billig
 abzugeben
Schmiede Mergendorf.

Brilletausgabe
 für Stadt und Land
 Freitag, den 26. Mai, von
 früh 7 Uhr an alle Herrn,
 die selbst abholen.
G. Kern, Elbstr. 2.
 Telefon 337.

Wielaffe
Wais, Waisrot
Gerstenfrot
 Roggen- u. Weizenkleie
 verkauft preiswert
Albert Haberecht
Röderau
 am Bahnhof. Tel. 516.

Zwirnstoffe
 Sommerjacketts f. Herren
 Meter 75, 80 und 85 Mt.
Leinhaus
Ackermann.

Zukunft!
 Charakter, Glück, Reichthum
 Erleben wird nach Astro-
 logie (Sternentzung) be-
 rechnet. Gebt Rat in Ehe
 u. Geschäft etc. Nur Geburts-
 daten u. Schrift einleiden.
 Streng reell u. wissenschaftl.
 Unger, Sonnabend-
 Linden, Jacobsstr. 1, 4.

Staudensalat.
Fiedlers Gärtnerei
 Am Friedhof.
Gute Ziegenmilch
 ca. 2-3 Liter, kann täg-
 lich abgegeben werden
 Waldschlößchen-Adersbach

Mischung
„Moccasan“
 25% Robustkaffee
 75% feinsten Kaffee-Ertrag
 verbürgt Reinheit und guten
 Kaffeegeschmack.
 1/2 Kilo M. 35.00
 1/4 Kilo M. 17.50
 Riesaer Kaffeeerzwerk
Adolf Bormann
 Wettinerstr. 25. Tel. 444

Gasthof Deutewitz.
 Zur Simmelfahrt ladet zum
Ballmusik
 freundlich ein P. Gräfe.
Gasthof Pransitz
 Zur Simmelfahrt
 großer Landarbeiterball
 mit Verlosung.
 Gäste und Bänner sind
 herzlich willkommen.
 Der Ortsv. Vorstand

Gasthof Mautitz.
 Simmelfahrt, den 25. Mai
 - Anfang 7 Uhr -
Abchiedstränzen.
 Alle ehemaligen Schüler,
 sowie tansatlische Herren
 und Damen laden dazu
 freundlich ein
Oswald Quaddorf
 und der Wirt.

Gasthof Moritz.
 Donnerstag, den 25. Mai
 (Simmelfahrt)
fein. gemütliches
Tanzkränzchen
 vom Wandertklub, Brüder-
 schaft Zeithain. Dazu sind
 Gäste herzlich eingeladen.
 Anfang 8 Uhr.
 Der Gesamtvorstand

Alldentischer
Berband.
 Sonnabend,
 den 27. 5.,
 abends 8 Uhr
 Elbterrasse
 (Saal)
 Mitalieder-
 verammlung.

Agnes Thielemann
Martin Strobel
 Verlobte
Gottis Bromnis
 Simmelfahrt
 1922.
 Die heutige Nr. umfasst
 8 Seiten.

Die Verhandlungen mit der Reparationskommission.

Die Beratungen des Reichskabinetts

Aber die Besprechung des Reichsfinanzministers Dr. Gerners mit den Mitgliedern der Reparationskommission in Paris sind den Berliner Blättern zufolge gestern zu einem vorläufigen Abschluss gelangt. Man einigte sich auf neue Funktionen an Dr. Gerner, die dem Reichsfinanzminister nach Paris sofort übermittelt worden sind, und die ihm zur Richtschnur für gewisse Erklärungen an die Reparationskommission dienen sollen.

Die Redaktionen der Berliner Blätter über die Besprechungen des Reichsfinanzministers Dr. Gerner in Paris lauten weiter günstig. Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge darf man die berechnete Hoffnung auf eine Einigung in den wichtigsten Fragen der Finanzkontrolle, dem Kapitalmarktgesetz und der Beschränkung der Inflation hegen.

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses.

Der Kabinettsrat des Reichstages hat beschlossen, daß der Auswärtige Ausschuss am Freitag vormittag und Sonnabend vormittag Sitzungen zur Vorbereitung der Konferenz von Genua und der obersteinsten Frage abhalten wird. In beiden Tagen soll im Plenum die 2. Lesung des Etats beendet werden. Die große politische Aussprache im Plenum wird voraussichtlich Montag und Dienstag der nächsten Woche stattfinden, wobei auch der deutsch-polnische Vertrag über Oberschlesien und der dänische Handelsvertrag zur Erledigung gelangen werden. Am 31. Mai soll die 3. Lesung des Etats im Plenum stattfinden.

Eine Rede Bonar Law.

Aus London wird gemeldet: Auf einem unter dem Vorsitz von Lord Derby veranstalteten Essen der vereinigten englisch-französischen Gesellschaften erklärte Bonar Law, es würde eine sehr unbedeutende Tragödie sein, wenn eine Schwächung der englisch-französischen Freundschaft und eine Boderung der Entente stattfände. Wenn die Entente aufrecht erhalten werden sollte, so müsse auf beiden Seiten des Kanals nicht nur eine Sympathie vorhanden sein, sondern auch ein Verständnis für die Gedanken, Gefühle und Bestrebungen der anderen Nation. Seiner Ansicht nach sei die Vererbung der großbritannischen Verhältnisse in Frankreich noch größer als die Vererbung der Gefühle Frankreichs in England. Die Frage der englischen Erwerbslosen zeige, was der Krieg England gekostet habe und noch kosten werde. England habe Palästina und Mesopotamien erhalten, die Franzosen Syrien. Seiner Ansicht nach sei es, wenn man Elbas Kolonien mit rechte, fraglos, daß die Franzosen und nicht die Engländer den größten Zuwachs aus dem Kriege erhalten haben. Wenn er andererseits die persönlichen Angriffe auf den französischen Ministerpräsidenten lese, so halte er sie für bedauerlich und schlimm genug. Es gebe jedoch noch etwas Schlimmeres. Wenn er lese, daß Deutschland von dem französischen Militarismus bedroht wird, so glaube er das nicht. Ein Land, das in so kurzer Zeit über 1 1/2 Millionen der besten seiner Bevölkerung verloren hat, könne keinen Wunsch, der so stark sei, wie der Wunsch nach Frieden. Es sei nicht Militarismus, es sei Furcht. Denn während der Lebensdauer der jetzt lebenden Menschen wurde Frankreich zweimal von deutschen Völkern überfallen und vernichtet. Aber die Franzosen wählten wie die Engländer, daß wenn der Krieg vorüber sei, Frieden sein müsse. Bonar Law sagt weiter: Die Deutschen wänten nicht die gesamten Kriegskosten zahlen, sie könnten jedoch einen großen Teil zahlen. Er wünsche, nichts Mißfälliges über sie zu sagen, aber er glaube nicht, daß irgend eine Nation gern zahlen wolle, wenn sie dies vermeiden könne. Und die Deute in England oder Frankreich hätten recht, wenn sie sagen, daß die Deutschen nicht zahlen würden, wenn man ihnen nicht klar machte, daß sie zahlen müßten. Er habe in den Blättern den Brief Poincarés gelesen, in dem der französische Ministerpräsident die Möglichkeit erwähnt, daß Frankreich eine Aktion unternehmen könnte, um allein den Friedensvertrag von Versailles zu erzwingen. Er glaube nicht, daß irgend eine britische Regierung nicht der Ansicht sein werde wie er und das britische Volk, nämlich, daß angemessene Forderungen an Deutschland gestellt werden müßten. Das Schreiben Poincarés habe jedoch ein gelobtes Borgehen angekündigt. Er sei überrascht gewesen, in der Presse festgehalten zu finden, daß nach dem Friedensvertrage von Versailles einer der Alliierten berechtigt sei, eine Aktion, wie den Einmarsch in das Ruhrgebiet, zu beginnen. Wenn einer der Alliierten berechtigt sei, etwas allein zu unternehmen, so sei ein anderer Alliierten berechtigt, zu sagen, daß er nicht damit zu tun haben wolle. Ein solcher Vorgang würde direkt im Interesse der früheren Feinde sein und würde genau das sein, was Deutschland wolle. Ein größeres Unglück für Frankreich oder England als dieses könnte nicht geschehen und dürfe nicht geschehen. Er bezweifle, ob die Regierungen wüßten, wieviel Deutschland bezahlen kann, ehe sie den Bericht von der Reparationskommission erhalten hätten. Darüber jedoch dürfe keine Meinungsverschiedenheit herrschen, daß Deutschland das, was es zahlen könne, auch zahlen müsse.

Die neue Kritik.

Der Pariser Berichterstatter der „Times“ meldet, falls die britische Regierung es ablehne, dem zuzustimmen, daß der Versailler Vertrag Frankreich irgend ein Recht gebe, allein zu handeln, so stehe eine neue Kritik in der Entente, vielleicht die ernsteste aller bisherigen bevor.

Morgan in Paris angekommen.

Morgan ist gestern nachmittag aus London in Paris eingetroffen, um an den Beratungen des von der Reparationskommission eingesetzten Bankenausschusses teilzunehmen.

Die Frage eines Einmarsches ins Ruhrgebiet.

Aus Paris wird gemeldet: Eine Persönlichkeit aus der Umgebung des Vorsitzenden des von der Reparationskommission eingesetzten Anleiheauschusses, des belgischen Delegierten Delacroix, erklärte einem Redakteur der „Excelsior“: Wenn Frankreich ins Ruhrgebiet einmarschiert, ist die ganze Arbeit der Finanzkonferenz umsonst. Wir können dann die neutralen Vertreter nach Hause schicken und das Komitee auflösen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß die amerikanischen und neutralen Geldgeber Deutschland nur dann helfen werden, wenn sie das Gefühl haben, daß ihr Geld nicht in Gefahr schwebt. Die ausländischen Geldgeber werden keine Freigebigkeit haben, sondern eine Finanzoperation betreiben. Sie werden ihre Bedingungen stellen und Forderungen verlangen. Franzosen und Belgier müssen sich endlich endgültig entscheiden für eine der beiden Methoden, entweder die Mitwirkung der Alliierten bei der Wiederaufrichtung unserer Finanzen zu erreichen oder allein Expeditionen zu unternehmen. Trotz des berechtigten und berechtigten Wunsches, den Belgier und Franzosen empfinden mögen, uns der großen Zentren Deutschlands zu bemächtigen, ist es heute an der Zeit, die Vorteile dieser Operationen genauer zu befehen; denn es ist berechnet worden, daß die Befehung des Ruhrgebietes uns nur einen belanglosen Nutzen lassen würde. Eine Befehung kann sogar zum Unheil ausfallen, wenn England es will.

England hat den Rohlenmarkt in der Hand. Es kann die Preise herabsenken, und die Ruhrkohle wird unverkäuflich. Aber noch mehr. Die Mark wird sinken. Wenn sie auf einen Centime fällt, wird das Problem nicht nur noch unlösbarer, sondern unsere Länder werden aus unmittelbar in Mitteldeutschland gezogen. Die Privatpersonen und die Staaten, insbesondere der belgische Staat, besitzen ungeheure Mengen von Mark, die dann nichts mehr wert sein würden. Der Generalsekretär des Blattes kommt dann auf die Garantieforderungen zu sprechen und sagt: Die Alliierten müssen auf die Generalhypothek des Versailler Vertrages zuzunehmen der ausländischen Geldgeber verzichten. Werden sie das wollen? Die ausländischen Geldgeber werden aber noch mehr verlangen, als daß Frankreich auf die Befehung des Ruhrgebietes verzichtet. Sie werden ohne Zweifel verlangen, daß die Alliierten sich verpflichten, in Zukunft niemals mehr gegen Deutschland militärische Sanktionen zu ergreifen. Ohne Zweifel könnten wir in diesen Bericht für drei oder vier Jahre einwilligen, d. h. auf so lange Zeit als wir sicher wären, daß Deutschland dank dieser auswärtigen Anleihe und Zahlungen leidet. Nach dieser Zeit aber müssen wir anerkennen, eines von neuem zahlungsunfähig werden Deutschlands Handelsfreiheit haben, und gerade das werden die ausländischen Geldgeber nicht zugeben wollen, weil sie noch auf lange Jahre hinaus die Zinsen ihrer Anleihe zu bekommen haben.

Die französische Kammer über die auswärtige Politik der Regierung.

Aus Paris wird gemeldet: Kammer und Senat haben gestern nachmittag ihre Arbeit wieder aufgenommen. Zu den vorliegenden neun Interpellationen über die auswärtige Politik der Regierung und über die Genuefer Konferenz ist eine zehnte hinzugekommen, die der Sozialist Sembat eingebracht hat. Vor der Beratung dieser Interpellation stehen zur Debatte eine Interpellation des Abgeordneten Lacotte über die Petroleumfrage, eine Interpellation des Abg. de Chadrebaine über die Orientfrage und eine dritte Interpellation über die Zwischenfälle in Gelewieh und Petersdorf in Oberischlesien.

Nachdem Ministerpräsident Poincaré sich zur Beratung der Interpellationen bereit erklärt hatte, ergriß der Abg. Lacotte das Wort und sprach in der ihm eigentümlich scharfen Weise über den Petroleumkrieg zwischen England und Amerika, dessen Kosten wie so oft Frankreich zu tragen habe. Dann ergriß der Abg. Tardieu das Wort. Er erinnerte daran, ein amerikanischer Schriftsteller habe erklärt, der Vertrag von Rapallo zeige, daß Russland und Deutschland glaubten, die durch den Krieg geschaffene Lage sei beseitigt. Die These, es gebe keine Sieger und keine Besiegten, werde auch von den Finanzleuten unterstützt, die ebenfalls wie die Sozialisten Grenzen künden. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialisten.) Trotz dieses Widerspruches bleibt Tardieu bei seiner Behauptung, Frankreich behält diese Finanzleute, deren Aufgabe durch die Tatsache erleichtert worden sei, daß die Regierungen von Frankreich oft dazu beitragen hätten, die Petrolpreise zu diskreditieren, die die Rechte Frankreichs sicherstellen. Tardieu betonte den ersten Charakter des Vertrages von Rapallo. Er sei nicht nur ein Bündnis, sondern durch die Regierung von Angora ein Dreieck. Er habe um so größere Bedeutung, als durch die wirtschaftliche Hilfe Russlands die Entwaflungslautel unnötig werde. Er wundere sich, daß nach der Veröffentlichung dieses Vertrages Frankreich die Lieferung von Wagnons und Lokomotiven an Russland habe ins Auge fassen können. Er beklagte, die französische Delegation habe nach der Veröffentlichung dieses Vertrages nicht die Haltung eingenommen, die notwendig gewesen wäre.

Ministerpräsident Poincaré bemerkte: die französische Regierung sei vollkommen frei, nach dem Haag zu gehen. Sie werde jedenfalls nichts ohne Zustimmung des Parlaments unternehmen. Tardieu hält trotzdem seine Behauptung aufrecht, daß Frankreich gegenüber dem Vertrage von Rapallo und der Zusammenkunft im Haag keine genöthigt klare und feste Stellung eingenommen habe. Er behauptet, daß die französische Regierung die englische These vom wirtschaftlichen Materialismus in Genua nicht dadurch bekämpft habe, daß allein die internationalisierte Solidarität mehr dazu hätte beitragen können, den Wirtschaftsfrieden herbeizuführen, als die Wiederaufrichtung der Besiegten. (Es kommt hier zu einem Zusammenstoß zwischen dem Royalisten Daubert und den Sozialisten.) Tardieu sagte zum Schluß, seit 2 1/2 Jahren steige man immer weiter herunter und wenn man nicht die Methode ändere, werde das so fortgehen. Man müsse nicht wie in Genua eine Zusammenkunft mit den Feinden von gestern, sondern mit den Alliierten suchen. Darauf wurde die Weiterberatung auf heute Mittwoch vertagt.

Der Kredit für Oesterreich.

Dem Senat ist vorgestern der von der Kammer angenommene Antrag zugegangen, Oesterreich einen Kredit bis zu 65 Millionen Francs zu bewilligen.

Eine Anfrage

über die Zerstörung des Kriegsmaterials.

Im englischen Unterhause fragte Gall erstens, ob die deutschen Behörden, die mit der Zerstörung des Kriegsmaterials betraut seien, kürzlich die Stuttgarter Abteilung der Alliierten Kommission eingeladen haben, der Zerstörung von 2000 Feuerwaffen beizuhelfen, zweitens, ob der die Alliierte Kommission vertretende Offizier später festgestellt habe, daß das zerstörte Material aus alten britischen und russischen Flinten bestand, drittens, ob derselbe Offizier entdeckt habe, daß 3000 deutsche Flinten in einem Güterwagen auf dem Rheingebiet versteckt waren, und viertens, ob man daher vernünftigerweise annehmen könne, daß für den einen Teil, den man entdeckt, viele Fälle ähnlichen Betrugs unentdeckt blieben, und ob es deshalb angebracht wäre, daß die britische Regierung eine Denkschrift vorbereite, die sich mit der von der Alliierten Kommission bisher ausgeführten Arbeit beschäftige und die Ausbehebung angebe, bis zu der die vertragmäßige Verpflichtung Deutschlands, soweit sie die Zerstörung des Kriegsmaterials betreffe, unerfüllt blieb. Wortington Evans antwortete, auf die ersten drei Teile der Anfrage lautet die Antwort Ja. Was den letzten Teil der Anfrage betreffe, so fühle er sich außerstande, sich der Annahme anzuschließen, daß viele Fälle unentdeckt blieben. Er wolle erwidern, ob durch die Ausgabe einer Denkschrift irgend ein guter Zweck erreicht werden könne. In Verantwortung einer anderen Anfrage erklärte Chamberlain, daß die verbündeten Regierungen jetzt beraten, wie man am besten in der Frage der deutschen Kriegsschulden vorgehen solle. Er möchte deshalb in dieser Angelegenheit keine Angaben machen.

Unter Amerikas Wirtschaftsherrschaft.

Zur Hamburger Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie, der heute die einzige und oberste Spitzenorganisation der außerhalb der Landwirtschaft und des Handwerks lebenden produktiven deutschen Stände darstellt, hat seine Hamburger Tagung dazu benützt, um sich von sachkundigen Männern der Wirtschaftswissenschaft und der Praxis Berichte über die gegenwärtige weltwirtschaftliche Lage halten zu lassen. Das ist in der gegenwärtigen Zeit umso wichtiger, als wohl selten die Gesamtlage so unübersichtlich und verworren war wie heute. Geheimrat Böhler, der erste Referent, sah den Brennpunkt der Wirtschaftslage in der rasidie wachsenden Abhängigkeit Europas von Amerika. Auch unsere Regierung ist natürlich der Ansicht, daß die Konferenz von Genua ein Mißerfolg war, weil die beiden Hauptfragen, die ihr ursprünglich übertragen worden sind, das deutsche Reparationsproblem und das Problem des Wiederaufbaus der russischen Volkswirtschaft, nicht gelöst worden sind. Sie konnten aber nach Böhlers Ansicht in Genua schon deswegen überhaupt nicht gelöst werden, weil Amerika sich an dieser Konferenz nicht beteiligte. Die heutige Abhängigkeit Europas von Amerika hat der Referent auf der Reichsverbandstagung in einigen kurzen Zahlenangaben zusammenfassend geschildert. Amerika hat in den letzten sieben Jahren für 26 Milliarden Dollar Waren nach Europa ausgeführt und nur für 5 Milliarden Dollar Waren von dort empfangen. Den Minderebetrag von 21 Milliarden Dollar ist Europa schuldig geblieben, bis auf 10 Milliarden, die in Gold oder auf andere Weise bezahlt worden sind. Die gesamte heutige Verschuldung Europas an Amerika befreit Bücher auf über 13 Milliarden Dollar. Das sind heute rund 4000 Milliarden Mark, also eine Summe, für die es eigentlich das rechte Vorstellungsvermögen fehlt. Dieser ungeheure Schuldbetrag bedeutet nichts anderes, als daß Europa den wesentlichsten Teil seiner Erzeugnisse der letzten 30 Jahre an Amerika abzugeben hat. Die Handelsbilanz Europas wird aber von Jahr zu Jahr schlechter und seine Verschuldung größer, weil Europa im Bezug auf die Versorgung mit den wichtigsten Rohstoffen und Lebensmitteln, wie z. B. Baumwolle, Kupfer und Getreide, vollkommen von Amerika abhängig geworden ist. Je schlimmer die Verschuldung, desto mehr schneidet sich die amerikanische Volkswirtschaft von der europäischen ab und macht sich von jeder Verbindung mit ihr frei. Europa verelendet infolge des Mangels an den wichtigsten Lebensbedürfnissen und Amerika wird reich. Hier liegt nach Böhlers sachkundigen Darlegungen der Kernpunkt des ganzen Nachkriegsproblems. Amerika wird Europa nicht helfen, wenn Europa sich nicht durch wirtschaftlichen Zusammenschluß, Zusammenarbeit und Regelung der gegenseitigen Schulden selbst hilft. Die weit wie aber von dieser Ansicht noch entfernt sind, hat der Bericht der Genuefer Konferenz deutlich bewiesen, und insofern war ihr Ergebnis völlig negativ.

Am Anschluß an diese Darlegungen sprach der Wirtschaftspraktiker Max Warburg über die aus unserer Wirtschaftslage sich ergebenden Finanzprobleme. Er warnte hernerksamerweise vor Währungsberwertungen, wie z. B. der Stabilisierung der Mark oder der Einführung einer zweiten, auf Goldgrundlage aufgebauten Währung. Tagegen schätzte er den notwendigen Betrag einer Auslandsanleihe auf 10 Milliarden Goldmark, wovon die Hälfte für Reparationszwecke, die andere Hälfte für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft verwendet werden soll. Bekanntlich bleiben die bisherigen amerikanischen Angebote, auch die günstigsten, weit hinter dieser Summe zurück. Bei allem Pessimismus freilich, der durch die Ausführungen Warburgs wie Böhlers klar, waren doch beide überzeugt, daß die internationale Anleihe, wenn sie zustande kommt, die Brücke zur Gesundung Deutschlands sein werde, ohne dessen gleichberechtigte Mitwirkung auch Europa nicht wieder gesund kann. Denn die Krankheit Deutschlands ist nur ein höherer Grad des Lebens, das in der Kriegszeit und nach ihr ganz Europa ergriffen hat und zugrunde zu richten droht.

Schluss der Industriellentagung in Hamburg.

In der gestrigen Nachmittagsitzung sprach Rudolf Blohm über das Thema „Industrie und Verkehr“. Er äußerte, eine Umstellung der Eisenbahn in ein gemischt-wirtschaftliches Unternehmen könne erst dann ins Auge gefasst werden, wenn ganz sicher festgestellt, daß diese Umstellung der Wirtschaft Nutzen bringe. Die Verreichlichung der Wasserstraßen und die Vereinheitlichung der Vermaltung sei anzustreben. An dem Neubau der deutschen Schiffahrt nehme ganz Deutschland teil. — Rechtsanwalt Sommaré hielt darauf das Schlussreferat über „Die innere Entwicklung der industriellen Organe in Deutschland“. Damit war dann das Programm der vorgelegenen Referate erledigt. — Dr. Sorge schloß die Tagung mit einer Ansprache, in der er das Ergebnis der Tagung zusammenfasste. Er hob die Bedeutung der Verträge hervor und wies auf die Bedeutung des 31. Mai hin. Der Redner kam dabei auf die eotl. Befehung des Ruhrgebietes durch die Franzosen zu sprechen, und äußerte anschließend die bemerkenswerten Worte, die von der Verarmung mit starkem Beifall aufgenommen wurden: Sollte diese Befehung des Ruhrgebietes durch die Franzosen kommen, so ist zu erwarten, daß hiermit ein Gewalt- und ein Fehlschritt getan wird, dessen Folgen in ähnlicher Weise, wie seinerzeit der politische Zug nach Moskau verhängnisvoll auf seine Urheber, die Franzosen, zurückfallen werde. Die Bäume wachsen nicht in den Himmel. Damit klang die Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie aus.

Waffenversammlungen gegen die Kriegsschuldfrage.

In Halle a. S. haben gleichzeitig in fünf der größten Säle Waffenversammlungen stattgefunden, welche auf Veranlassung weitester Bevölkerungskreise zum Protest gegen die Lage von Deutschlands Kleinstand am Kriege einberufen wurden. In diesen von jeder Parteipolitik freigehaltenen Versammlungen nahmen alle Schichten der Bevölkerung, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Innungen, Angestellte und Beamte in so großer Zahl teil, daß die Polizei sie schon vor Beginn der Vorträge schließen mußte. Die Versammlungen nahmen durchweg einen glänzenden und ungetörten Verlauf. Einstimmig wurde in allen Fällen eine die Behauptung von der Kleinstand Deutschlands am Weltkrieg zurückweisende Entschliebung angenommen.

Die Veröffentlichung der Akten des Auswärtigen Amtes.

Unter dem Titel „Die große Politik der Europäischen Kabinette 1871 bis 1914“ beginnt demnächst die Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes zu erscheinen. Die Drucklegung der ersten sechs Bände dieses großen Aktenwerkes der Deutschen Regierung ist jetzt beendet. Das Werk ist ein Ergebnis der Öffnung der deutschen Archive. Das diplomatische Aktenmaterial des deutschen Auswärtigen Amtes zur Geschichte der europäischen Politik in der Zeit vom Frankfurter Frieden im Jahre 1871

als zum Beginn des Weltkrieges soll hier der Öffentlichkeit übergeben werden. Die fertigen sechs Bände werden, nach Erledigung der letzten technischen Arbeiten, durch die Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin am 20. Juni dem Buchhandel ausgeliefert werden; das gesamte Aktienwerk wird einen Umfang von 20-22 Bänden haben und vier große Gruppen bilden, deren jede einen entscheidenden Abschnitt der Geschichte des letzten halben Jahrhunderts umfassen wird. Die erste, jetzt fertiggestellte Gruppe enthält das Aktenmaterial der Zeit vom Frankfurter Frieden bis zur Entlassung des Fürsten Bismarck.

Die große Koalition in Braunschweig erreicht.

In der gestrigen Nachmittags-Sitzung des braunschweigischen Landtags hatte die Fraktion der USV. einen Initiativantrag auf Auflösung des Landtags und Vorname von Neuwahlen eingebracht. Dieser Antrag wurde mit 33 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Es folgte die Wahl einer neuen Regierung. In namentlicher Abstimmung wurden gewählt die Abgeordneten Dr. Jasper (SPD), Vorküster, Steinbröcker (SPD), Arbeit, Rönneburg (Dem.), Inneres und Karier (Deutsche Volkspartei) Unterrichts.

Von den drei sozialistischen Hochburgen Mitteldeutschlands, Sachsen, Thüringen und Braunschweig, ist also eine nun bereits gefallen. Die wichtigsten Ministerien des Innern und des Unterrichts sind mit Bürgerlichen besetzt.

Aus Braunschweig wird weiter gemeldet: In Berlin der gestrigen Landtags-Sitzung gab der Präsident bekannt, daß sich die Fraktion des Landesparlamentarismus in eine Fraktion der Deutschen Nationalen Volkspartei mit acht Abgeordneten und in eine Fraktion der Deutschen Volkspartei mit 15 Abgeordneten umgruppiert habe. Nach der Ablehnung eines Antrages der Unabhängigen auf Auflösung des Landtages und Neuwahlen, der nur die Unterstützung der Kommunisten und der Deutschen Nationalen Volkspartei gefunden hatte, verlas der Abgeordnete Junker eine Erklärung der Unabhängigen, in der das Verhalten der SPD. bedauert und jede Koalition mit den Bürgerlichen abgelehnt wird. Die neugewählten Regierungsmitglieder erklärten sich mit ihrer Wahl einverstanden.

Die Besprechungen der drei Internationalen gescheitert.

Im Reichstage ist die Neuenkommission der drei Internationalen zur Vorbereitung der Welt-Arbeiterkonferenz zusammengetreten. Für die 2. Internationale sind anwesend MacDonald, Wels und Wauters, für die Wiener Arbeitergemeinschaft Crispian, Friedrich Adler und Brade, für die 3. Internationale Nabel, Clara Zetkin und Ockert. Die Besprechungen sind gescheitert. Im Verlauf der gestrigen Beratung erklärte der Vertreter der 2. Internationale, der Engländer MacDonald, daß sich die 2. Internationale an keinem Unternehmen beteiligen könne, das das Proletariat mit dem Schein der Einigkeit betrügen würde.

Beilegung des Metallarbeiterstreiks in Baden.

Montag fanden im badischen Arbeitsministerium in der Frage des Metallarbeiterstreiks in Baden Verhandlungen statt, die zu folgendem Ergebnis führten: Bezüglich der Arbeitszeit gilt das Münchener Abkommen, bezüglich der Entlohnung: die gelernten Arbeiter erhalten 26-27 Mark pro Stunde. Das Lohnabkommen bleibt bis zum 1. Juli in Geltung, der Manteltarif bis zum 30. Juni 1923. Die Zustimmung der Organisationen ist vorbehalten, aber mit Sicherheit zu erwarten.

Mit faulen Eiern beworfen.

Blättermeldungen aus Wien zufolge wurde der dort weilende polnische Außenminister Skirmunt in seinem Hotel von drei elegant gekleideten Leuten, von denen der eine ukrainische Uniforrm trug, gesteuert und mit faulen Eiern beworfen. Die Eier zerbrachen an der Stirne, dem Rücken und der Brust des Ministers und beschmutzten dessen Kleidung. Die drei Leute, ein Rittmeister, ein Oberleutnant und ein Leutnant der Peltjuraarmee wurden festgenommen.

Der Organisationsausschuß zum Sachverständigen-Gutachten des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Der Organisationsausschuß im Reichsverband der Deutschen Industrie hat seine Beratungen zu der vom Reichsverband der deutschen Industrie als Vorläufer zur Gründung der Reichsbahn herausgegebenen Abhandlung „Die Deutsche Eisenbahnfrage“ fortgesetzt und in einer endgültigen Stellungnahme am 22. Mai 1923 abgeschlossen. Die bisher von anderer Seite über den Verlauf der Verhandlungen des Ausschusses erschienenen Presseäußerungen greifen insoweit nicht nur dem endgültigen Beschluß des Organisationsausschusses vor, sondern sind auch nach ihrem sachlichen Inhalt geirrt, falls die Vorstellungen über die Stellungnahme der einzelnen Vertreter sowie des Ausschusses in seiner Gesamtheit zu erweisen.

Die vom Reichsverband der Deutschen Industrie herausgegebene Denkschrift zerfällt in zwei scharf von einander abgegrenzte Teile. Im ersten Teil wird die derzeitige Lage der Reichsbahn auf Grund einer vergleichenden Gegenüberstellung der Leistungen der Vor- und Nachkriegszeit einer scharfen Kritik unterzogen. Der zweite Teil baut sich auf dieser Kritik auf und versucht vorwiegend die Neugestaltung der Reichsbahn und wirtschaftliche Neugestaltung der Reichsbahn zu bringen. Die vom Organisationsausschuß zu beiden Teilen bestellten Berichtserfasser kamen zu folgendem Ergebnis:

Sichtlich der derzeitigen Lage der Reichsbahn wurde festgestellt, daß die Sachverständigen des Gutachtens nicht zu einer objektiven Darstellung gekommen sind. Sie haben keinen ernstlichen Versuch gemacht, den in der Denkschrift errechneten unglücklichen Zahlenergebnissen in ihren Urteilen, vor allem in den Folgen des Krieges und seiner Nachwirkungen liegenden sachlich nachzugehen. Vor allem aber ist die statistische Beweisführung sehr einseitig aufgestellt und teils falsch, teils unvollständig ausgewertet. So wird beispielsweise bei dem Vergleich zwischen den Leistungen der Eisenbahnen in der Vor- und Nachkriegszeit nicht einmal die erhebliche Verringerung des Bahnnetzes nach dem Kriege berücksichtigt und ferner die Beurteilung einer wirtschaftlichen Personalermessung auf die Lokomotivleistungen bezogen. Besonders muß auffallen, daß die Denkschrift die schlechte finanzielle Lage der Reichsbahn lediglich auf die Erhöhung der persönlichen Aufwendungen und einen Rückgang der Leistungen des Personals zurückführt, aber mit keinem Worte auf die starke, absolute, ja sogar relative Steigerung der sachlichen Aufwendungen eingeht. Die Feststellung der sachlichen Voraussetzungen der Kritik der Denkschrift erschließt die Grundlagen der im zweiten Teil gemachten positiven Vorschläge für eine Umstellung der Reichsbahn in eine gemeinwirtschaftliche Gesellschaft mit überwiegend Befestigung der freien Wirtschaft.

In einer Hinsicht kann festlich eine Uebereinstimmung der Denkschrift mit den Ansichten und Absichten des Organisationsausschusses festgestellt werden. Der Organisationsausschuß hat von jeder die Anwendung privatrechtlicher Grundsätze zur Führung eines

großen Betriebsunternehmens wie die Reichsbahn und eine größere Bewegungsfreiheit im Einfluß von Material und Personal vertreten. Der Ausschuh hält aber zur Erreichung dieser Ziele eine Veränderung der Wirtschaftsförmung wie sie die Denkschrift vorschlägt, nicht für notwendig. Auch die Gutachter des Reichsverbandes sind von der Wirkungskraft der ihnen vorschwebenden Gesellschaftsform offenbar nicht so ohne weiteres und so fest überzeugt, wie sie sich den Ansichten geben. Denn ihrer Forderung auf eine dreijährige Tariffreiheit und die außerdem von ihnen vorgeschlagenen Uebergangsbedingungen liegen lenienter die durch die Formveränderung an sich bedingten Vorschläge. Mit völliger Freiheit auf tariflichem Gebiet könnte auch die Reichsbahn die finanziellen Schwierigkeiten schneller überwinden. Wenn sie sich bisher von gemeinwirtschaftlichen Rücksichten in der Preispolitik hat trauen lassen, so bewies sie mehr Verständnis für die Notwendigkeiten der Volkswirtschaft als die Sachverständigen des Gutachtens.

Schon diese kurze Charakteristik der wesentlichen Grundgedanken der Denkschrift dürfte eine hinreichende Begründung dafür sein, daß der Ausschuh am Schluß seiner Beratungen zu einem ablehnenden Urteil des von den Gutachtern vertretenen Standpunktes gelangt ist. Die von der Reichsbahnverwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen hält der Organisationsausschuß nach wie vor für die geeignetsten Grundlagen zu einer nachhaltigen Befestigung der Reichsbahn.

Deutscher Reichstag.

Mit. Berlin, 28. Mai. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen. Auf eine Anfrage der Kommunisten wegen Auslieferung des italienischen Kommunisten Valerini und der Verhaftung der Italiener Ghessi und Bachi wird regierungsmäßig erwidert: Die Auslieferung ist auf Grund des mit Italien bestehenden Auslieferungsvertrages wegen Mordes erfolgt. Die Frage ob es sich hier um ein politisches Verbrechen handelt und Valerini das Recht zu gewährt sei, sei nach eingehender Prüfung verneint worden. Die Schweiz nehme übrigens den gleichen Standpunkt ein und habe deshalb den Durchtransport gestattet. Die Verhaftung von Ghessi und Bachi sei richtig. Im ersten Fall liege die Frage der Auslieferung den preussischen Behörden zur Beschlußfassung vor. Der Italiener Bachi habe ein Bombenattentat und weitere Straftaten begangen, über die das Material noch nicht vorliege. Ob das Auslieferungsbegehren begründet sei, werde die Prüfung ergeben.

Nach Erledigung weiterer Anfragen wird die Beratung des

Wirtschaftsetats

fortgesetzt in Verbindung mit den Interpellationen über den Warenverkehr aus dem besetzten und unbesetzten Gebiet und über die Regelung des Beihilfenwesens im Handwerk.

Abg. Simon-Franke (Unabh.) meint, wenn es so schwer sei, Beihilfen für das Handwerk zu bekommen, so liege das daran, daß das Handwerk immer mehr zurückgehe und für die Zukunft keine rechte Existenz mehr finde, gebe doch auch die Zahl der Beschäftigten ständig weiter zurück. Redner wendet sich dann gegen den Ruf nach der freien Wirtschaft. Schon jetzt seien alle Beschränkungen bei weitem überschritten. Das Getreide habe den höchsten Stand des Friedenspreises erreicht und der allgemeine Ankauf treibe uns der Katastrophe um so schneller entgegen. Augenblicklich habe das Steigen des Dollars die Kritik noch einmal aufgehoben, aber sie komme mit Sicherheit und dann verfinke alles, vor allem die Arbeiterchaft in einem Meer von Elend. Die Annahme, man könne unsere Produktion durch Verlängerung der Arbeitszeit retten, sei ein Irrwahn. Aber der Uebermut und Nachlässigkeit der Arbeitgeber sei inzwischen schon wieder so geworden, daß sie glauben, den Arbeiter wieder zur Arbeit zwingen zu können. Redner protestiert schließlich gegen das Arbeitszeitgesetz im Bergbau und fordert dessen Sozialisierung.

Abg. Bildemeier (D. W.) betont, daß man sich den wirtschaftlichen Problemen gegenüber nüchtern und sachlich auf den Boden der Tatsachen stellen müsse. Auch die Regierung der Erfüllung müsse mit der Tatsache rechnen, daß unsere wirtschaftliche Entwicklung rückwärts gehe und wir alle verarmt und nahe am Bettelstuf seien. Die Miesenzahlen unserer Ausfuhr seien trügerisch und habe seien wir gerade in erster Linie auf den Export angewiesen.

Abg. Wieland (Dem.) fordert Abbau, mindestens aber eine vernünftige Handhabung der Außenhandelskontrolle. Redner wünscht außerdem erhebliche Steigerung der Kohlenproduktion, schnelleren Abtransport der Lagerbestände von Kohle und Koks, Ansammlung von Lagerstätten in Süddeutschland und Verbesserung der Qualität der Kohle durch Berringerung des Sies- und Asphedaltens.

Abg. Rothhaus (Zentrum) beklagt die Blindheit, mit der die Masse des Volkes unserer elenden wirtschaftlichen Lage gegenübersteht, und die es verhindert, daß eine wirtschaftliche Einheitsfront zustande komme. Redner wendet sich gegen den Einfluß der Kartelle und Syndikate auf die Preisbildung, die Großhandelsmonopole wirken wie eine private Zwangswirtschaft. Auch beim Buder wolle er keine Zwangswirtschaft, aber man solle auch uns nicht zwingen, sie herbeizuführen. Redner protestiert gegen die Forderung der Industriekartelle, den Auslandsbuder zu besteuern, da im gleichen Augenblick dann aller Inlandsbuder zu Auslandsbuder werden würde. Auslandsbuder sollte nur zu gewerblichen Zwecken eingeführt werden dürfen. Redner befragt die Kreditkommission im gewerblichen Mittelstand, bedauert den Rückgang des deutschen Kunstgewerbes und kommt dann auf die Beihilfenfrage zu sprechen, die er nicht politisch, sondern rein erzieherisch zu behandeln bittet. Der Beihilfen soll sich als Beihilfe fühlen, nicht als Mittelteil eines Diskontierflusses. (Wärm links, Beifall d. d. Mehrheit.)

Abg. Oßwieke (Komm.) Die Arbeitslosigkeit der Welt wird immer weiter um sich greifen, wenn der Weltwirtschaftsstandpunkt nicht auch im Wirtschaftsleben zur Geltung kommt. Der einzige Hindernisgrund ist aber der Kapitalismus, und diesem verschuldeten Staat schloß im rechten Augenblick der Hut, durch Erfassung der Sachwerte den einzig richtigen Griff an die Gurgel der Kapitalbesitzer zu tun. Redner protestiert gegen die Forderung neuer Schulden, gegen die Angriffe auf den Reichstagsentwurf und die Forderung von Ueberstunden im Bergbau. Auch für die Not der Presse ist nichts geschehen, der Papierpreis ist um das Doppelte gestiegen und Stinnes weiß, was er tut, wenn er seinen Dampfer „Legien“ lauft.

Abg. Steuer (Dnat.) befragt die Interpellation der bürgerlichen Parteien, denen sich auch das Zentrum angeschlossen hat, über das Beihilfenwesen. Gefordert wird, Ordnung der Meisterlehre, Ausbau der Innungsbeihilfen, Handwerks- und Gewerbestämmen und paritätische Beteiligung der Gewerkschaften bei Regelung des Beihilfenwesens. Die Interpellation spricht sich gegen die Verhinderung einer tarifvertraglichen Regelung des Beihilfenwesens aus.

Staatssekretär Dierck: Die Reichsregierung begrüßt die Maßnahmen der Selbsthilfe, die der gewerbliche Mittelstand getroffen hat und wird sie unterstützen. Das im Entwurf fertige Gesetz will das Rechtsverhältnis und die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter regeln. Die Handwerkskammern, Handelskammern und Landwirtschaftskammern sollen die näheren Bestimmungen des Rechtsverhältnisses unter Mitwirkung der Arbeitnehmer regeln. Der Beihilfenbehörden soll entgegengetreten werden. Gelegenheit zur Beihilfenprüfung soll gegeben werden. Erzieherische Beeinflussung der Behörden

wird in Anrechnung an die heutigen Aufwendungen bewahrt bleiben, jedoch darf fürpersönliche Schlichtung nicht möglich sein. Im Laufe der Debatte sprechen die Abg. Gosemann (D. W.) und Gieseck (Kommunisten) sich im Sinne der Interpellationsforderungen aus, während Abg. Röhner (Soz.) und Frau Wurm (Unabh.) gegen die Beihilfenbehörden Front machen und gegen die Befristung der alten überlebten Verhältnisse protestieren.

Damit schließt die Hauptdebatte und die Besprechung der Interpellation.

Nachdem eine Reihe einzelner Kapitel angenommen ist, vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch vormittag 11 Uhr. Außerdem Finanzetat. Schluß nach 7 Uhr.

Verbandsstag (schf.) Konsumvereine.

Der Verband schärflicher Konsumvereine hielt seinen 54. Verbandstag in Baugen ab. Vertreten waren 91 Vereine mit 307 Vertretern. Den Hauptvortrag hielt Sekretär Walter Gieschke (Dresden) über die gemeinschaftliche Beschaffung für Gesundheitszwecke. 708 Millionen Mark ist der Gesamtbeitrag der eigenen Betrieben des Zentralverbandes der Arbeiter für die Verteilung so weit organisiert wie bei der Röhle. Da ist es höchste Zeit, daß die Verbraucherchaft sich als Gegengewicht hierzu den Einfluß sichert, der unbedingt nötig ist. Der Bedarf aller Konsumgenossenschaftlichen Verbraucher Sachsens stellt sich auf 1.750.000 Tonne jährlich, was einen Aufwand von über 800 Millionen Mark ausmacht. Ueber erkennt der Großhandel die Konsumgenossenschaft bis heute als Händler nicht an, selbst in Sachen nicht, das doch reichlich an Röhlenständen. Die Rationierung der Röhle wird noch auf Jahre hinaus bestehen, da wir große Mengen vertragsgemäß an das Ausland abgeben müssen. Es wird aber allerorten selbst gearbeitet, die Produktion zu steigern, wie die Beihilfenpläne der Verwerksverwaltungen erkennen lassen. Jedenfalls ist die Röhle ein Artikel, dem die Konsumgenossenschaft erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden muß.

Den Verhandlungen am Montag wohnte u. a. Wirtschaftsminister Heßlich und Reichshauptmann von Röhle-Wallwitz bei. Vorkommender Gieschke (Dresden) erstattete den Jahresbericht. Die geschäftlichen Ergebnisse sind zufriedenstellend. Dem Verband gehörten am 1. Januar 1922 an 140 (L. W. 185) Konsumvereine mit 411.588 (402.401) Mitgliedern, die 2.150.504 (1.854.791) Mark Mitgliedsanteile gezahlt hatten, das sind 52,96 (33,56) Mark für jedes Mitglied, und insgesamt 10.288.716 (11.423.131) Mark Rabat erhielten, das sind durchschnittlich 39,45 (28,39) Mark für jedes Mitglied. Gegen das Jahr 1919 stiegen die Betriebsmittel von 20.957.618 Mark auf 11.831.942 Mark, die Produktionswerte von 28.872.940 Mark auf 11.855.502 Mark bei den Konsumvereinen und von 10.288.509 Mark auf 7.038.475 Mark bei den Produktionsgenossenschaften, die Umsätze von 112.789.015 Mark auf 828.000.101 Mark, wobei bemerkenswert ist, daß der dritte Teil der Konsumgenossenschaften zur Eigenproduktion übergegangen ist. Die durchschnittlichen Bruttoerträge, die in den letzten Jahren infolge der Teuerung ständig zurückgegangen sind und 1919 noch 16,5 Prozent betragen, beliefen sich auf 14,2 (14,4) Prozent. Demgegenüber sind die Außenstände im letzten Jahre um 64,8 Prozent gestiegen.

Hierzu lag eine Entschickung vor, in der anerkannt wird, daß die deutschen Konsumgenossenschaften mit den bisherigen Mitteln die Vererbung des Proletariats nicht verhindern noch beseitigen könnten und in der gefordert wird 1) Befreiung der Konsumvereine von sämtlichen Steuern und Abgaben, 2) Befreiung von genossenschaftlichem Betriebskapital durch das Reich, Staaten und Gemeinden, 3) schärfste Erfassung der Sachwerte, 4) Kommunalisierung der Lebens- und Bedarfsmittelverteilung und Uebergabe in die Selbstverwaltung der Konsumvereine, 5) schnellste Ueberführung des Kohlenbergbaues, der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsverteilung in Gemeindegut, 6) Verteilung verbilligter Lebensmittel an alle Lohn- und niedrigen Gehaltsempfänger und Rentenzahler und Arbeitslose und Bereitstellung der nötigen Mittel durch das Reich. Die Entschickung wurde jedoch mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Aus dem von Sekretär Gieschke (Baugen) erstatteten Sekretariatsbericht war zu erkennen, daß 2593 schärfliche Gemeinden mit ihrer Bevölkerung noch nicht organisiert sind. Geschäftsleiter Seemann (Leipzig) sprach über die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse und ihre Einwirkung auf die Konsumgenossenschaften, wobei er die Landwirtschaft, Kartelle, Syndikate und Truste für die gegenwärtige Teuerung verantwortlich machte. In einer hierzu angenommenen Entschickung wird behauptet, daß die freie Wirtschaft übermäßige Preissteigerung und ungenügende Versorgung der Verbraucher verursacht habe, und gefordert: Die bisherige Brotgetreidemirtschaft auch im neuen Erntejahre beizubehalten, die Kartellverfassung und Kartellverwaltung u. a. durch bezugsmäßige Förderung sicherzustellen, andernfalls aber die Zwangswirtschaft hierfür einzuführen, dem Buder mit allen Mitteln entgegenzutreten und alle die Konsumgenossenschaften einschließenden Bestimmungen aufzuheben. Seitens des Zentralverbandes warnte Lorenz (Dresden) die Konsumvereine, gegen die Landwirtschaft eine feindliche Haltung einzunehmen. Die weitere Ausprache ließ erkennen, daß die Ansicht der Konsumvereine über Fortbestand beziehentlich Aufhebung der freien Wirtschaft geteilt ist.

Wirtschaftsminister Heßlich sagte u. a. in kurzer Rede: Die Fehler, die das Reich in der Steuerpolitik gemacht hat, konnten größer überhaupt nicht gemacht werden. Die Verbrauchssteuer sind die Folgen dieser Steuerfinden. Die Zwangsanleihe wird von den Konsumenten getragen werden müssen. Die schwersten Zeiten für die Verbraucher stehen also noch bevor und werden im Herbst dieses Jahres anheben. Die jetzige Teuerung sei mit dem Stande der Valuta nicht vereinbar. Der frühere Grundtag: „Beihilfenpreis plus angemessener Gewinn ist gleich realer Preis“ ist nicht mehr anwendbar zur Festlegung des Begriffes Buder. Hierfür müßten neue Normen geschaffen werden, die aus der Nachweispflicht des Wiedereinkaufs seitens der Händler werde bestehen müssen, denn wer nicht wieder einkauft, sei kein Händler. Im übrigen mahnte der Minister, von dem Wege, auf dem man jetzt mit den Landwirten geht, nicht abzugeben, da es der letzte Weg sei.

Es wurde eine fünfteilige Wirtschaftskommission zur Prüfung und Auswertung aller Wirtschaftspragen eingesetzt. Im Anschluß an ein kurzes Referat Dierck (Dresden) über Geldwertverlust und Betriebskapital der Konsumvereine wurde eine Erhöhung der Mitgliedsanteile auf mindestens 600 M. als geeignete Maßnahme zur Stärkung der Konsumvereine beschlossen. Weiter referierte Sekretär Walter Gieschke über den Stand der Durchführung der Richtlinien zur Betriebsmittelbeschaffung und Sekretär Max Gieschke (Baugen) über die Verbraucherkommission für den Preis der Sachwerte. Nach Erledigung mehrerer weiterer Punkte wurde als Ort für den nächsten Verbandstag Weihen gewählt.

Wiederholend. Ein großer Waldbrand. Nach einer Meldung des „B. Z.“ aus Rachen vernichtete ein Waldbrand auf dem neubelagerten Gebiet 300 bis 400 Morgen Waldbestand. Unter großer Anstrengung ist es gelungen, das Ueberretten des Feuers auf deutsches Gebiet zu verhindern. Das Feuer breitet sich im Walde weithin von Weigen immer weiter aus, selbst die Sandgruben und Eisenbahnanlagen können dem Flammen keinen Widerstand leisten.